**Verwaltungsratssitzung einer Krankenkasse**

Der Gesetzgeber plant, die Gesundheitsdaten aller gesetzlich Versicherten zu digitalisieren. Im Gesetzentwurf steht auch, dass diese Gesundheitsdaten zukünftig in anonymisierter Form auch für Forschungszwecke zur Verfügung gestellt werden sollen. Der Verwaltungsrat ist aufgefordert, zu diesen Überlegungen des Gesetzgebers eine Stellungnahme zu verfassen. Einigen Sie sich auf die wesentliche Punkte Ihrer Stellungnahme und stellen Sie anschließend das Ergebnis Ihrer Diskussion vor.

**Rollenkarten**

***Kurt Markert, Arbeitgebervertreter***

Ist Gründer eines weltweit tätigen IT-Dienstleisters, der auch Digitalisierungsprojekte im deutschen Gesundheitswesen (bei Krankenkassen, Krankenhäusern, Ärzten) betreut. Er sieht in dem Datenpool, der durch die Digitalisierung der Gesundheitsdaten entsteht, eine große Chance für die Versicherten und die deutsche Wirtschaft. „Wir hätten den größten Datenpool weltweit. In Deutschland würden sich viele Firmen niederlassen, die aus diesen Daten tolle digitale Gesundheitsleistungen entwickeln.“

***Karin Teichmann, Arbeitnehmervertreterin***

Ist Mitglied im Vorstand der IG Metall, in der Mitarbeiter\*innen aus der IT- Branche organisiert sind. Datenschutz wird bei ihren Gewerkschaftsmitgliedern großgeschrieben, auch weil viele schon Datenmissbrauch erlebt haben. Gesundheitsdaten sind besonders sensibel und durchaus begehrt. Leider gibt es Arbeitgeber und Versicherungen, die gerne über Vorerkrankungen und Belastbarkeit von Mitarbeiter\*innen/Versicherten Bescheid wüssten. Dies muss berücksichtigt sein, damit die Persönlichkeitsrechte der Versicherten geschützt bleiben. Karin Teichmann möchte daher eine „Digitalisierung mit Augenmaß“. Oberstes Kriterium muss die Datensicherheit sein. „Nur wenn wir die Daten unserer Versicherten schützen können, können wir das mit gutem Gewissen machen.“ Sie möchte außerdem vermeiden, dass der Datenpool "zur Geschäftemacherei“ missbraucht wird. „Forschungszwecke ja, aber nur im öffentlichen Interesse und von öffentlichen Forschungseinrichtungen.“

***Bernd Jaschke, Arbeitgebervertreter***

Ist Inhaber einer mittelständischen Baufirma. Er findet, dass das Gesetz zur Digitalisierung schon längst hätte kommen müssen. Er sieht große Einsparpotenziale, die dringend benötigt werden, da die Ausgaben der Kassen explodieren. „Das Gesetz wird den Kassen viel Geld sparen und dazu führen, dass die Menschen schneller und effizienter behandelt werden können. Für mich eine echte Win-win-Situation.“